
TAGUNGEN

DIE AUFGABEN DER POLITISCHEN UND SOZIALEN HOCHSCHULEN

Während der Ruhrfestspiele in Recklinghausen kamen am 20. und 21. Juli führende Fachleute des Hochschul- und Bildungswesens zu einer Tagung über „die politischen Aufgaben der sozialen Hochschulen“ zusammen. Nicht zufällig war die Initiative zu diesem Treffen vom DGB ausgegangen. Wie der stellvertretende Vorsitzende Matthias Föcher in seinen einführenden Worten zum Ausdruck brachte, fühlen sich die Gewerkschaften über die Aufgabe einer reinen Interessenvertretung hinaus gegenüber der Gesellschaft verpflichtet, am Neuaufbau unserer Staats- und Wirtschaftsordnung mitzuarbeiten.

Dieser Neuaufbau muß auch in einer dynamischen Wirtschaft, d. h. bei sich laufend verändernden ökonomischen Situationen, dem Menschen ein gewisses Maß an Stabilität und Sicherheit garantieren. Das ist aber in erster Linie ein personelles, d. h. ein Ausbildungsproblem.

Im Mittelpunkt der Tagung standen nach den einführenden Worten von Matthias Föcher vier Referate: von Prof. Dr. Ludwig Preller (Frankfurt/Main) „Die Stellung der sozialen und politischen Hochschulen im deutschen Bildungswesen“, Prof. Dr. Fendt (München) „Die politischen Aufgaben der sozialen und politischen Hochschulen in der Gesellschaft“, Prof. Dr. Helmut Schelsky (Hamburg) „Die politische Bedeutung der soziologischen Studien an den sozialen Hochschulen“ und Dr. Rolf Wagenführ

(Köln) „Die Wirtschaftswissenschaften an den sozialen und politischen Hochschulen“. Ausgangspunkt der Debatte war eine Darlegung der gegenwärtigen Situation deutschen Bildungswesens, das im Anfang des 19. Jahrhunderts entstand, also zu einer Zeit, als das Gesellschaftsgefüge noch weitgehend jener Dreigliederung entsprach, die sich noch heute in Volksschule, Mittelschule und höherer Schule mit anschließender Universität widerspiegelt. Der Volksschule gelang es jedoch nicht, sich über die Aufgabe als Vorstufe für die höhere Schule hinaus zu einem abgerundeten eigenen Bildungsziel durchzuringen, obgleich sie etwa für 90 v. H. der Bevölkerung die einzige Bildungsstätte bleibt. Dieser Tatsache liegen alle unsere Reformversuche der letzten 30 Jahre zugrunde, seitdem man erkannt hat, in welchem Maße die Anforderungen an das Grundwissen, vor allem an „sozialem Können“ und „Verstehen der gesellschaftlichen Zusammenhänge“ beim einzelnen arbeitenden Menschen gestiegen sind. Berufs- und Volkshochschule sind zwar in diese Lücken eingesprungen. Beide, speziell aber die letztere, sind aber in ihrer Wirksamkeit begrenzt. Zudem haben Industrialisierung und mehrfache politische Umwälzung das alte Gesellschaftsgefüge und damit die alten Führungsschichten zerstört. Der Mittelstand und die Flüchtlinge sind materiell deklassiert. Die Zahl der selbständig Schaffenden sank von 1880 bis 1950 von 40 auf 20 v. H. Die Arbeiterschaft, die ihren marxistischen Glauben als Glaubensbekenntnis und damit ihren Totalitätsanspruch aufgegeben hat, erkämpfte sich staatsbürgerliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung.

Es ist nur natürlich, wenn angesichts einer solchen Entwicklung zur Massengesellschaft — gekennzeichnet durch das Fehlen einer breiten, verantwortlichen Mittelschicht — und angesichts der Abkapselung der Universitäten der Ruf nach denselben Aufstiegschancen für alle um so deutlicher gestellt wird. Dabei erfordert gerade unsere junge Demokratie durch die Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Mitverantwortung jene aufstrebenden Kräfte, und es wäre verhängnisvoll, wollte man ihnen die Bildungsmöglichkeiten vorenthalten, die sie dazu befähigen können. Aus dieser Situation heraus werden unsere deutschen Universitäten gegenwärtig heftig kritisiert. Einmal schließen sie sich durch festgelegte Aufnahmebedingungen weiten Kreisen der Bevölkerung ab, zum anderen entwickelten sie sich trotz des Humboldtischen Ideals der freien Persönlichkeitsbildung immer mehr zu einer reinen Fachschule. Vor allem aber fehlt in dem Ausbildungssystem der Universitäten jene politische und soziale Gesamtschau, die auch dem Mediziner oder Physiker wenigstens die einfachsten Grundbegriffe und Verhaltensregeln unserer staatlichen Ordnung vermitteln könnte. Es fehlt die politische Bewußtseinsbildung. Nur darum konnte Hitler einen großen Teil der leitenden Persönlichkeiten in Organisationen und Betrieben für seine Zwecke einspannen.

Infolge der starren Haltung der deutschen Universitäten entstand bereits nach dem ersten, vor allem aber nach dem zweiten Weltkrieg eine Reihe von sozialen und politischen Hochschulen. Sie sammelten insbesondere jene jungen Menschen, denen der Zugang zu den Universitäten verschlossen blieb oder deren Ausbildungsziel und späteren Funktion innerhalb des politischen und wirtschaftlichen Lebens ein Universitätsstudium nicht entsprach. Vornehmlich sind es junge Menschen, die, im Berufsleben praktisch isoliert, in abhängiger Arbeit stehen und für die Mitarbeit und Mitverantwortung vorzubereiten sind, die sich aus der wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung ergeben. Oder es sind solche, die einmal in dem vielschichtigen und vielgliederigen politischen Leben mitwirken sollen. Das bedeutet, daß sich die Aufgaben der sozialen und politischen Hochschulen aus den Funktionen ergeben, die ihre Studierenden einmal erfüllen sollen, sei es in den Gemeinden, Kreisen, Ländern, Organisationen, Verbänden, Betrieben usw.

So vielgestaltig unser gesellschaftliches Leben ist, so unterschiedlich haben sich in den letzten Jahren unsere sozialen und politischen Hochschulen in ihrer Art, der Dauer des Studiums und im Umfang ihrer Ausbildung entwickelt. Im wesentlichen wird noch experimentiert, und erst die Erfahrung

wird zeigen, welche Verfahren sich als zweckmäßig erweisen. Es wäre jedoch verfehlt, wollte man das Ausbildungsschema dieser Hochschulen allzusehr vereinheitlichen, denn z. B. wird eine Hochschule für Politik in Berlin schon auf Grund der eigenartigen politischen Situation der Stadt andere Aufgaben haben als in München.

Methodisch wird, da nur ein Teil der Studierenden durch die Denkschule der höheren Schulen gegangen ist, an den unmittelbaren Erlebnisbereich angeknüpft. Und das ist, wie die Erfahrung lehrt, mehr als ein Abitur. Dabei handelt es sich weniger um eine Wissensvermittlung als vielmehr um eine Denkschule und insbesondere um eine Lehre von der Stoffaneignung. Die Vermittlung von Sachkenntnis und die Erziehung zur Sachlichkeit sind allerdings die beste Denkschule. Dem Studierenden soll ein Gesamtüberblick vermittelt werden, damit er „Grund“ unter die Füße bekommt und sich in seiner späteren Funktion in der Gesellschaft „begreift“. Erst dann erfolgt eine Intensivierung seiner Ausbildung. Es kann und soll nicht Aufgabe der Hochschulen sein, etwa Vollakademiker auszubilden. Dem Studierenden bleibt dafür die Möglichkeit des Übergangs zur Universität.

Ebenso verschieden wie die einzelnen Hochschulen sind heute noch die einzelnen Wege, die für das Ausbildungsziel eingeschlagen werden. Sieht man einmal von der besonderen Lage ab, in der sich die Hochschule für Politik in Berlin befindet, so haben in letzter Zeit, vor allem die Hochschule für Politik in München und die Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, Versuche gemacht, die eine weitere Diskussion verdienen.

Die Hochschule für Politik in München verlegte das Schwergewicht der Ausbildung auf die Seminare und Colloquien, d. h.: neben die nun einmal nötige Wissensvermittlung und Denkschule tritt das Gespräch, zu dem bekannte und in führenden Stellungen stehende Politiker, Funktionäre aller Parteien und Verbände, Beamte usw. eingeladen werden. Auf diese Weise wird eine echte Verbindung zwischen den Studierenden und dem unmittelbaren politischen und sozialen Leben hergestellt. Der Lernende soll die verschiedenen Tendenzen kennenlernen und sich seinen Standpunkt selbst erarbeiten.

Einen anderen Weg hat Hamburg eingeschlagen. Zu dem Studium von Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Recht und Soziologie mit den dazugehörigen Randfächern tritt gewöhnlich zwischen dem zweiten und dritten Semester eine praktische Arbeit. Dadurch sollen die Studierenden veranlaßt werden, sich mit einem rein

individuellen Tatbestand in der Wirklichkeit auseinanderzusetzen, wobei ihnen Lehrer und Assistenten nur beratend zur Seite stehen. Die in den Vorlesungen erworbenen Kenntnisse in Soziologie, Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Arbeitsrecht werden an einem konkreten sozialen Notstand in einer Familie, einem Betrieb, einem Jugendaufbauwerk, einer Gemeinde usw. erprobt. Methodisch wird so vorgegangen, daß der Untersuchende mitarbeitet, miterlebt, beobachtet, interviewt, Statistiken anfertigt usw. Der Fragebogen wird nur angewandt, wenn bereits ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen dem Untersuchenden und dem Befragten besteht, er also keinen Schaden mehr anrichten kann. Zum Schluß wird der Untersuchende aufgefordert, Verbesserungsvorschläge zu machen und diese mit den betreffenden Stellen, Behörden, Ämtern, Betriebsleitern usw. zu diskutieren. Die Vorteile einer solchen Arbeitsweise liegen vor allem in der Erziehung zur Konkretheit im sozialen und politischen Denken, in der Erziehung zu Kontaktfähigkeit und Umgangsgeschick, zum „Verstehen von Mensch zu Mensch“ und zur „sozialen Aktivität“. An die Stelle übernommener Formeln und abstrakter Dogmen tritt die Erfahrung, an die Stelle der „Weltanschauung“ eine konkrete Zusammenschau. So können das „soziale Können“ und das soziale Gewissen entwickelt werden — im Gegensatz zu den rein theoretischen Diskussionen, in die sich gerade die Gehemmtten und Parteifanatiker flüchten.

Die Bedeutung und zentrale Stellung der Nationalökonomie innerhalb eines Studiums an den sozialen und politischen Hochschulen dürfen nicht übersehen werden. Jedoch der Mensch und das gesellschaftliche Leben erschöpfen sich nicht allein in der Nationalökonomie. Der Wert eines Studiums an den sozialen und politischen Hochschulen liegt gerade in einem abgerundeten und geschlossenen Ausbildungssystem. Die Studierenden für die neuen Aufgaben im wirtschaftlichen und politischen Leben vorzubereiten, ist das dringendste Anliegen der Akademien.

Es war im Rahmen der Tagung nicht möglich, den gesamten Fragenkomplex, der sich mit dem Thema verbindet, zu diskutieren. Die sozialen Hochschulen haben ihre Aufgaben erfüllt, sobald unsere Universitäten den heutigen gesellschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragen. In diesem Sinne nahm die Konferenz die nachstehende EntschlieÙung an:

„Die Konferenz begrüÙt, daß durch die sozialen und politischen Hochschulen auch denjenigen geistig qualifizierten Kräften aus allen Kreisen der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmer, denen bisher der Zugang zum Universitätsstudium weitgehend verschlossen ist, die Möglichkeit einer sozialwissenschaftlichen und politischen Bildung gegeben wird. Sie hält es für erforderlich, daß das Studium an diesen jungen Hochschulen zu einem Abschluß gebracht wird, das den Absolventen zur Übernahme verantwortlicher Tätigkeiten im Bereich des sozialen und politischen Lebens befähigt.

Das Studium an diesen Hochschulen sollte auch die Grundlage für Zulassungsprüfungen für den höheren Verwaltungsdienst bilden und durch dieses neue Mittel den Studierenden dieser Hochschulen dieselbe Möglichkeit eröffnen, die bisher in der Regel nur durch ein abgeschlossenes Universitätsstudium erreicht werden konnte.

Die Konferenz sieht es als eine dringende Aufgabe des DGB an, sich dafür einzusetzen, daß die sozialen und politischen Hochschulen die ihnen hiernach im gesamten Bildungswesen zukommende Stellung erhalten.

Es erscheint der Konferenz ebenfalls erwünscht, daß der DGB sich auch an die Landesregierungen und Universitäten wendet, um zu erreichen, daß auch die Universitäten mehr als bisher in Forschung und Lehre und bei der Auswahl von Dozenten und Studenten den neuen Aufgaben im sozialen und politischen Leben gerecht werden.“

GERHARD KROEBEL